



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

15. Sitzung (öffentlich)

29. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 11:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Projekt „Weiterbildung geht zur Schule“

1

An den Bericht der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, schließt sich eine Aussprache an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000
Vorlagen 14/293 und 14/353

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

§ 19 - Schulpauschale

Der Ausschuss berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen und Abstimmungen wird auf die in Drucksache 13/1705 enthaltene Vorlage 14/412 verwiesen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Entwurf des Einzelplans 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert zu.

strukturieren sei. In der Situation knapper Mittel sei es richtig, darüber nachzudenken, ob die Weiterbildung über ESF-Mittel gestützt werden könne. Auch da würden sich keine Schnellschüsse empfehlen. Man müsse es konzeptionell angehen. Genau das beabsichtige die Koalition.

Die ESF-Mittel, die dem Land zur Verfügung stünden, würden in der Zwischenzeit für Kompetenzchecks in der Jahrgangsstufe 9 ausgegeben, betont **Renate Hendricks (SPD)**. Da gehe es um eine bessere Strukturierung der Berufsfindung der Jugendlichen. Es wäre falsch, wenn die Ausgabe der ESF-Mittel für die Kompetenzchecks dazu führen würde, dass das Projekt „Weiterbildung geht zur Schule“ anschließend keine Mittel mehr habe.

Ministerin Barbara Sommer erklärt, sie habe sich genau angesehen, welche Serviceleistungen dieses Projekt für Schulen biete. Das Projekt werde sehr geschätzt, sodass man einer Umsetzung weiterhin interessiert sei.

Nach Meinung von **Ute Schäfer (SPD)** genügt ein einfacher Blick in den Haushaltsplanentwurf der schwarz-gelben Landesregierung, um zu erkennen, wie wichtig der neuen Landesregierung die Weiterbildung sei. Die neue Regierung stehe nicht zu dem, was sie vorher versprochen habe.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000
Vorlagen 14/293 und 14/353

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

§ 19 - Schulpauschale

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) hält es für bemerkenswert, dass dem Ausschuss in der Sitzung Änderungsanträge der Oppositionsfractionen als Tischvorlage vorgelegt würden, ohne dass Gelegenheit bestehe, sich intensiver damit auseinander zu setzen. Die Gestaltung des Landeshaushalts sei eine so wichtige Sache, dass der Ausschuss

die Gelegenheit nutzen sollte, sich intensiv damit auseinander zu setzen. Diese Gelegenheit bestehe nicht.

In den vergangenen Jahren habe immer großer Unmut bei den jetzigen Oppositionsfraktionen geherrscht, wenn die Anträge nur zwei Tage vor der Beratung vorgelegen hätten.

Nach erster Durchsicht der Anträge stelle sie fest, dass nicht einmal Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht worden seien - im Gegensatz zu dem Vorgehen von CDU und FDP in den letzten fünf Jahren.

Sigrid Beer (GRÜNE) geht davon aus, dass die Anträge ihrer Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes 2006 bei der Aus- und Weiterbildung überschaubar seien, auch in der Tragweite. Darüber könne entschieden werden.

Ute Schäfer (SPD) möchte wissen, ob CDU und FDP noch Anträge einbringen wollten.

Klaus Kaiser (CDU) verweist auf die Vereinbarung innerhalb der Koalition, wonach alle substanziellen Anträge aufgrund der Stimmigkeit des Gesamthaushalts gebündelt im Finanzausschuss beraten werden sollten, sodass die CDU-Fraktion heute keine Anträge vorlege. Wenn seitens der SPD gesagt werde, dass man mit der Beratung nicht fertig geworden sei, so zeige das, dass die Anträge nicht mit der notwendigen Seriosität eingebracht würden.

In der vergangenen Legislaturperiode hätten die Fraktionen vereinbart, die Anträge zumindest zwei Tage vor der Beratungssitzung den anderen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Sicher sei es schwierig, das Handwerk der Opposition zu erlernen. - „Das ist nicht annähernd so schwierig, wie Regieren zu lernen!“, wirft **Sören Link (SPD)** ein.

Das werde unterschiedlich empfunden, fährt **Klaus Kaiser (CDU)** fort.

Die Anträge zum Haushalt würden gebündelt in den Finanzausschuss eingebracht. Auf die Erblast, die Rot-Grün hinterlassen habe, wolle er jetzt nicht eingehen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) meint, durch dieses Verfahren werde die Arbeit der Fachausschüsse entwertet. In der Vergangenheit hätten CDU und FDP in den Fachausschüssen Anträge eingereicht und dabei gleichzeitig gesagt, dass die Deckung später, an anderer Stelle im Finanzausschuss hergestellt werde. Sie stelle fest - Regieren sei offenbar schwieriger als Opponieren -, dass sich die Regierung noch nicht habe einigen können. SPD und Grüne seien in der Vergangenheit immer in der Lage gewesen, zur dritten Lesung in den Fachausschüssen ihre gemeinsamen Anträge zu präsentieren.

Wie die Regierungsfractionen zur Weiterbildung stünden, liege auf der Hand. Sie hätten sich mit ihren Versprechungen vergaloppiert. Jetzt zähle die Weiterbildung auch nicht mehr so genau zur Bildung. Die Koalitionsfraktionen hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Gäbe es Kopfnoten, müsste sie dafür ein „ungenügend“ bekommen.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer merkt an, die abschließende Beratung müsse heute stattfinden, weil die Berichterstattung in der Sitzung des HFA am kommenden Tage vorliegen müsse.

Ute Schäfer (SPD) stellt heraus, CDU und FDP hätten keinen einzigen Antrag vorgelegt. Dadurch werde die Fachlichkeit des Schulausschusses missachtet. Das sei ein unerhörter Vorgang und ein neues Verfahren, auf das man sich einstellen müsse. Sie sei entsetzt.

Es sei unwürdig einem Parlament gegenüber, den Schulausschuss bei den Anträgen außen vor zu lassen und diese stattdessen nur im Haushalt- und Finanzausschuss zu stellen. Wenn CDU und FDP darauf bestünden, die Anträge erst am 26. zu beraten, sollte man das auch tun.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer wiederholt, der Schulausschuss müsse in der heutigen Sitzung über die Anträge abschließend beraten. Eine weitere Beratung werde nur noch im Haushalts- und Finanzausschuss stattfinden. Am 30. März finde der zweite Beratungsdurchgang im Haushalts- und Finanzausschuss sowie eine Auswertung der öffentlichen Anhörung statt. Bis zu diesem Termin müssten die abschließenden Beratungen in den Fachausschüssen stattgefunden haben.

Sören Link (SPD) kommt auf den Wahlkampf der CDU in Duisburg zu sprechen. Auf großen Plakaten habe man lesen können „110 Milliarden € Schulden“. Damit sei man in den Wahlkampf gezogen. Im April habe Herr Rüttgers den Weiterbildungsorganisationen noch großzügige Versprechungen gemacht. Jetzt sei man auf einmal schlauer geworden. Die 110 Milliarden € hätten sich allerdings nicht verändert. Die Versprechungen vor der Wahl und nach der Wahl klafften deutlich auseinander.

Wenn man sich über Tischvorlagen aufrege, dann könne er das zum Teil nachvollziehen, weil es schwierig sei, sich in mehrere Dinge auf einmal einzulesen und darüber nachzudenken. Allerdings sollte man erwarten können, dass sich ein Parlamentarier mit dem Inhalt relativ schnell auseinander setzen können sollte. Es sei allerdings bedauerlich, wenn die CDU gar keinen Antrag mehr im Schulausschuss, sondern alle Anträge direkt im HFA stellen wolle.

Man werde das Land finanziell erst wieder in den Griff bekommen, wenn man eine Gesamtschau vorgenommen habe, erwidert **Klaus Kaiser (CDU)**. Aus diesem Grunde werde die Beratung im Finanzausschuss stattfinden. Dann könne man auch die finanziellen Mittel hinterlegen. Dieser Weg werde aus der Krise führen, in die das Land in 39 Jahren SPD-Regierung geraten sei.

Bernhard Recker (CDU) betont, eine Regierung könne nur aus der Gesamtverantwortung heraus eine Entscheidung treffen. Dass die Bildung für die neue Koalition Schwerpunkt sei, werde mehr als deutlich.

Herr Link habe von den 110 Milliarden € Schulden gesprochen. Auch in diesem Jahr seien unter Verantwortung von Rot-Grün einige Milliarden dazugekommen. Er habe in all den Jahren übrigens keinen Antrag der SPD gesehen. Es habe sich immer um Vorschläge der Regierung gehandelt. Heute müsste der Ausschuss abschließend beraten. Anträge am heutigen Tag erst vorzulegen, ohne dass die anderen Fraktionen die Möglichkeiten hätten, sie genauer zu diskutieren, halte er für eine Zumutung.

Renate Hendricks (SPD) ist darüber irritiert, dass trotz der Herausforderungen in der Zukunft ständig versucht werde, die Vergangenheit zu bewältigen. Sie würde gerne in die Zukunft blicken und in die Antragsberatung einsteigen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hält fest, CDU und FDP hätten in der Vergangenheit in den Fachausschüssen Anträge gestellt und gleichzeitig auf die Gesamtverantwortung im HFA verwiesen. SPD und Grüne hätten im Übrigen sehr wohl Anträge im Fachausschuss gestellt. Sie verweise auf den Bereich Weiterbildung, bei dem Korrekturen in der Vergangenheit vorgenommen worden seien. Sie verweise das GÖS-Programm, an dem Korrekturen in den vergangenen Jahren vorgenommen worden seien. Das sei hier im Fachausschuss geschehen. Manche Anträge seien noch einmal im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt worden.

Die fachpolitische Arbeit und die fachpolitische Betrachtung der Anliegen sollte nicht entwertet werden. CDU und FDP seien schlicht und ergreifend heute nicht entscheidungsfähig.

Anmerkung des Protokolls: Sodann berät der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen und Abstimmungen wird auf die in Drucksache 13/1705 enthaltene Vorlage 14/412 verwiesen.

Im Folgenden werden nur noch Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die wesentlich über die Darstellung in Vorlage 14/412 hinausgehen.

Sigrid Beer (GRÜNE) legt zu dem lfd. Antrag Nr. 1 von Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 05 020 - Allgemeine Bewilligungen - Titelgruppe 90 - Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten - Titel 547 90 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** - dar, die Qualitätsentwicklung spiele im Bereich Fortbildung eine große Rolle. Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer müsse verstärkt werden, der Ansatz von 2005 sollte überrollt werden.

Ute Schäfer (SPD) stimmt dem Antrag uneingeschränkt zu. In anderen Bereichen der Fortbildung werde in diesem Haushaltsplanentwurf gespart. Es sei dringend notwendig, den Titel in dieser Form zu erhalten.

Staatssekretär Günter Winands (Ministerium für Schule und Weiterbildung) hält fest, der Ansatz werde um 33.600 € reduziert. Man müsse aber den Gesamtzusammenhang sehen. 60 Moderatorenstellen würden zur Kapitalisierung offen gelassen, was den Betrag über die 10 Millionen € hinaus deutlich erhöhen werde. Das Budget an die Schulen werde von 3,5 auf 6 Millionen € erhöht.

Er erinnere daran, dass der Ansatz 2005 seinerzeit einer globalen Minderausgabe unterworfen gewesen sei.

Ute Schäfer (SPD) hält fest, die globale Minderausgabe der jetzigen Landesregierung liege über der der früheren rot-grünen Landesregierung. 230 Stellen seien für die Schulleiterentlastung vorgesehen und hätten mit der Fortbildung der Lehrer nichts tun.

Sie plädiere dafür, den Ansatz bei der Aus- und Fortbildung beizubehalten.

Sigrid Beer (GRÜNE) merkt an, der Staatssekretär übernehme jetzt Aufgaben der Regierungsfractionen, die zurzeit wohl nicht sprachfähig seien. Das habe man schon an anderen Stellen verfolgen können.

Er habe gedacht, dass Frau Beer an Sachinformationen der Landesregierung interessiert sei, erwidert **Staatssekretär Günter Winands (MSW)**.

Im Übrigen habe die neue Landesregierung noch gar keine globalen Minderausgaben verteilt. Die Haushaltssperre, die wohl gemeint sei, habe mit Blick auf die Fortbildung nur die Fälle betroffen, für die es keine rechtlichen Festlegungen gegeben habe.

Wenn es um Fragen zu Sachverhalten gehe, so sei es richtig, wenn die Landesregierung das aufkläre, betont **Klaus Kaiser (CDU)**. Das Budgetrecht des Parlaments bleibe davon unberührt.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion zum Sachhaushalt zu **Kapitel 05 072 - Landesförderung der Weiterbildung - Titel 633 21 - zusätzliche Förderung schulabschlussbezogener Lehrgänge** - merkt **Ute Schäfer (SPD)** an, in der Weiterbildungskonferenz im November 2005 sei deutlich geworden, dass sehr viele junge Menschen daran interessiert seien, Schulabschlüsse an den Volkshochschulen nachzuholen. Man könne keine entsprechende Zahl an Kursen zur Verfügung stellen, weil die Ressourcen fehlten. Die frühere Landesregierung habe 5 Millionen € eingestellt, was aber nicht ausreiche. Da auch die Koalitionsfraktionen der Bildung Priorität einräumten, könne es nur recht und billig sein, diesen Titel um 1,5 Millionen aufzustocken. Die Gegenfinanzierung werde seitens ihrer Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 072 - Landesförderung der Weiterbildung - Titel 633 20 - Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden** - meint Frau Schäfer, bei dieser Position werde deutlich, dass die Koalitionsfraktionen nicht in der Lage seien, über andere Modelle der Weiterbildung zu sprechen, wenn sie über Kofinanzierungsmodelle nachdenken würden.

Bis auf die Titel der abschlussbezogenen Lehrgänge schlage die SPD-Fraktion eine Überrollung des Ansatzes vor. Man müsse den Mindeststandard in der Weiterbildung bewahren, auch zur Unterstützung der Kommunen. Insbesondere die Kommune Heinsberg bitte dringend um Unterstützung, um die Arbeit der Einrichtungen fortsetzen zu können.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hält fest, die SPD fordere eine kleine Verbesserung gegenüber dem Status quo, der von der Landesregierung eingebracht worden sei. Bei den Anträgen, die finanziell weit darüber hinausgingen, werde sich ihre Fraktion der Stimme enthalten.

Klaus Kaiser (CDU) bezeichnet es als einen Skandal, dass die frühere Landesregierung dem Land 112 Milliarden € Schulden hinterlassen habe.

Frau Schäfer habe auf 1.400 junge Menschen verwiesen, die im Bereich der Schulabschlusslehrgänge nicht zum Zuge kämen. Die 1.400, die auf der Warteliste stünden, hätten in den Jahren 2004 und 2003 ebenfalls dort gestanden, weil sie Auswuchs der Tatsache seien, dass es zu wenig Ausbildungsstellen gebe. Sie seien ein Ergebnis der Wirtschaftskrise. In der letzten Legislaturperiode sei die Situation nicht besser geworden. Er frage, warum die frühere Ministerin die Mittel nicht im Jahre 2004 oder 2005 erhöht habe, wenn sie den Bedarf doch als so skandalös hoch einschätze.

Die SPD-Fraktionen hätten deutlich gemacht, dass für diese Zwecke 5 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt werden müssten, erwidert **Ute Schäfer (SPD)**. Wenn jetzt gesagt werde, sie hätte in der Vergangenheit 1.400 junge Menschen vor der Tür stehen lassen und man wolle jetzt alles besser machen, dann müsse es doch möglich sein, diesem Antrag zuzustimmen.

Jetzt werde bei der Weiterbildung noch einmal gekürzt und den Menschen draußen etwas anderes suggeriert. Die Landesregierung werde an ihren Versprechungen gemessen.

Den Aufruf des lfd. Antrags Nr. 7 der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 300 - Schulen allgemein - neuer Titel - Offene Ganztagschule in der Sekundarstufe I (Realschulen, Gymnasien)** - nimmt Frau Schäfer zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass in der Sekundarstufe I aufgrund der Beschlüsse der letzten Legislaturperiode das Stundenvolumen zugenommen habe. Es sei notwendig, in allen Schulformen der Sekundarstufe I, nicht nur in der Hauptschule, das fortzusetzen, was in der Offenen Ganztagsgrundschule begonnen habe.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) folgert, hier werde seitens der SPD-Fraktion ein Paradigmenwechsel vorgenommen. Sämtliche Anträge der früheren Opposition in den letzten fünf Jahren, alle Schulformen beim Ganztage einzubeziehen, seien vehement von der SPD abgelehnt worden. Nur bei der Gesamtschule sei die Priorität zu finden gewesen. Langfristig sei es wünschenswert, andere Schulformen einzubeziehen. Ja, Pisa habe gezeigt, dass drei Viertel der 25-prozentigen Schülerrisikogruppe bei Pisa sich an der Hauptschule befinde. Man dürfe es nicht weiter zulassen, dass die Jugendlichen

keine Ausbildungsplätze fänden, weil ihnen die Ausbildungsreife fehle. Ihre Fraktion werde diesen Antrag ablehnen, weil er einen falschen Schwerpunkt setze.

Bernhard Recker (CDU) erinnert daran, dass seine Fraktion zehn Jahre lang gefordert habe, der Hauptschule eine Chance zu geben. Mit einem Riesenkraftakt habe man das Steuer jetzt herumgerissen. Jetzt fordere die SPD, nicht nur die Hauptschule, sondern alle anderen Schulformen entsprechend auszustatten. Das sei nicht glaubwürdig. Man hätte das ja zehn Jahre lang machen können. Mehr Lehrerstellen, die Verbesserung der Offenen Ganztagschule, die Verbesserung an der Hauptschule bildeten den Weg, der jetzt gegangen werde.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion werde sich bei diesem Antrag enthalten. Sie erinnere an den umfassenden Antrag von Rot-Grün ein halbes Jahr nach der Pisa-Studie, in dem es heiße, dass die Ganztagsangebote in allen Schulen Nordrhein-Westfalens schrittweise ausgebaut werden sollten. Mit der Grundschule habe man begonnen, weil die Grundschule das Fundament der schulischen Bildung darstelle. Danach müsse man die Sekundarstufe I ausstatten, und zwar zunächst die Jahrgangsstufen 5 bis 7 aller Schulformen.

Die neue Regierung habe eine andere Akzentuierung vorgenommen. Das könne man damit begründen, dass in den Hauptschulen ein besonderer Handlungsbedarf bestehe. Sie teile ausdrücklich nicht die Einschätzung, dass das der „Renner“ geworden sei. Die Kommunen könnten zurzeit nicht richtig planen. Viele Regionen würden gar nicht erreicht.

Ihre Fraktion habe darauf verzichtet, zur Frage Ganztags einen eigenen Vorschlag vorzulegen. Man wolle zunächst einmal abwarten, wie sich das entwickle. Die Gelder dürften nicht verfallen, sondern müssten bei den Klassen 5 bis 7 in der Sekundarstufe I aller Schulformen ankommen. Es bestehe Einigkeit, dass man an allen Schulformen Ganztagsangebote brauche.

Rot-Grün habe einen Stufenplan aufgestellt. Der Stufenplan sei auch in Beschlüssen des Landtags in der letzten Legislaturperiode niedergelegt worden.

Renate Hendricks (SPD) unterstreicht, die frühere Landesregierung habe bei den Grundschulen begonnen. Im Sinne der Kontinuität forderten Eltern das Ganztagsangebot anschließend für alle Schulformen der Sekundarstufe I. Mit dem Ganztags in allen Schulformen bekomme man Kinder besser gefördert. Für die, die nicht auf die Hauptschule gingen, sei zurzeit ein Bruch nach der Grundschule festzustellen. Sie beziehe sich auch auf den Stufenplan, der vor der Wahl angekündigt worden sei.

Sigrid Beer (GRÜNE) kommt auf die Verbesserungen in der Hauptschule zu sprechen, die angeblich jeder sehe. Die Eltern beurteilten das offensichtlich anders, denn die Anmeldungen an die Hauptschulen seien noch einmal zurückgegangen. Sie betrügen zurzeit 16,9 %, obwohl die Hauptschullehrkräfte schon auf die Verbesserungen hingewiesen hätten.

Man werde sich darauf einstellen müssen, dass die Ausweitung auf den Ganzttag auch an Realschulen und Gymnasien vorgenommen werden müsse. Das sei auch in anderen CDU-regierten Ländern so geschehen. Der Versuch, die Hauptschule auf diese Art und Weise wiederzubeleben, gelinge nicht. Die Hauptschule werde nicht mehr gewählt, weil sie keine Zukunftsoptionen für die Schülerinnen und Schüler biete. Das hätten verschiedene CDU-regierte Länder erfahren müssen, die jetzt zu einer anderen Systemaufstellung kämen.

In der aktuellen Situation den Hauptschülerinnen und Hauptschülern Unterstützung zu geben, sei zunächst einmal richtig. Die Zukunftsoption sehe allerdings anders aus.

Ute Schäfer (SPD) hält fest, in der letzten Legislaturperiode seien 1.400 offene Ganztagsgrundschulen etabliert worden. Das mache die Anstrengungen des Landes deutlich. Wenn das Schulgesetz so verabschiedet werden sollte, wie es jetzt vorliege, dann bedeute das für die Sekundarstufe I der Gymnasien, dass man in der Regel 32 bis 35 Wochenstunden Unterricht habe. Schulen und Kommunen erkundigten sich, wie sie die Schulräume und Ressourcen vorhalten könnten, um den Ganzttag zu gestalten.

Aufgrund der Ausweitung der Stundentafel in der Sekundarstufe I sei es notwendig, für die Klassen 5 bis 7 die Zahl der Ganztagsplätze aufzustocken.

Klaus Kaiser (CDU) hält fest, Frau Sommer habe in der Kürze ihrer Amtszeit bereits zahlreiche schulpolitische Akzente gesetzt.

Mit dem vorliegenden Antrag versuche die SPD-Fraktion, die Glocke des Populismus zu läuten. Der Antrag löse keine Probleme, sondern sei reine Symbolpolitik.

Wenn man bei den Gymnasien und Realschulen mit dem Ganzttag beginnen wolle, so müsse man sich vergegenwärtigen, dass man bei der Realschule von 770.000 Schülerinnen und Schülern spreche, für die man 10.000 Plätze zur Verfügung stellen wolle. Das nenne er Symbolpolitik.

Der Vorschlag, 3,5 Millionen € zusätzlich zur Verfügung zu stellen, betreffe 70 Lehrerstellen. Den Hauptschulen würden 70 Millionen € zur Verfügung gestellt, was er als nachhaltige Politik bezeichne. Über das Programm 13 plus gebe es auch für Realschulen und Gymnasien Möglichkeiten, den Ganzttag vorzuhalten.

Sören Link (SPD) hält fest, offensichtlich werde erkannt, dass an den Gymnasien ein erhöhter Bedarf für den Ganzttag vorhanden sei. Der Antrag der SPD-Fraktion gehe angeblich nicht weit genug, um den Bedarf abzudecken. Damit könnten an den Realschulen nur 10.000 Plätze eingerichtet werden. Wenn man also draufsatteln müsse, wäre es doch konsequent, die Zahl der Plätze sogar noch zu erhöhen. Die Richtung zu begrüßen - die Forderung gehe angeblich nicht weit genug - und gar nichts zu tun, halte er für kontraproduktiv. Das passe allerdings zu der Politik der Regierung Rüttgers.

Zum laufenden Antrag Nr. 1 zum Personalhaushalt der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titel 427 40 - Vergütung für Aushilfe** - führt **Ute Schäfer (SPD)** aus, in der Öffentlichkeit werde immer gesagt, dass die Förderung von

Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hoch angesiedelt sei. Im Haushaltsentwurf werde der Ansatz allerdings eine 39.000 € gekürzt. Dieses Geld fehle den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA). Der Ansatz sollte wieder auf den bisherigen Ansatz zurückgeführt werden.

Leitender Ministerialrat Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) erläutert, der Ansatz für die Vergütung von Aushilfen bei den Regionalen Arbeitsstellen basiere auf den Ist-Ausgaben des Vorjahres. Insofern gehe man davon aus, dass die Ausgaben im Jahre 2006 nicht höher sein würden als die Ausgaben im Jahre 2004.

Auf eine Nachfrage von **Ute Schäfer (SPD)** antwortet **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**, dieser Titel sei nicht unter die Haushaltssperre gefallen. Auch bei der Vergütung von Aushilfen gebe es bei der Bewirtschaftung der Mittel Zeiten der Nichtbesetzung von Stellen. Da die Förderung auf diesem Niveau im Jahre 2004 in ausreichender Form habe betrieben werden können, sei davon auszugehen, dass der jetzige Stand mit dem Mitteleinsatz im Jahre 2006 gehalten werden könne.

Zu dem laufenden Antrag Nr. 2 der SPD-Fraktion zu **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titel 429 00 - Vergütung und Löhne der Angestellten und Arbeiter/innen sowie Ausbildungsvergütungen** - gibt **Ute Schäfer (SPD)** an, in den Erläuterungen im Haushalt heiße es, dass die kw-Stellen realisiert werden sollten, die ersten 500 im Jahre 2006. Wenn 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen werden sollten, dürfe man nicht gleichzeitig 500 Stellen „kw“ stellen. Ihre Fraktion schlage vor, die kw-Vermerke zu streichen.

Frau Schäfer macht sodann darauf aufmerksam, dass der Gutachterdienst am 22.03. zum Einzelplan 05 auf Seite 8 eine Anmerkung gemacht habe, die das Globalbudget betreffe, das den Schulen in diesem Jahr in Höhe von 7 Milliarden € zur Verfügung gestellt worden sei. Es heiße, dass das Ressort gebeten werde, Vorschläge für ein Berichtswesen als Unterstützung für die parlamentarische Steuerung des Schulbudgets zu entwickeln.

Da aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der einzelnen Kapitel nicht mehr nachgehalten werden könne, wie viel tatsächlich den einzelnen Schulformen zur Verfügung stehe, bitte sie darum, einmal darzulegen, wann mit dem Berichtswesen zu rechnen sei. Sie habe gehört, dass das Schulbudget in seiner jetzigen Form ein Defizit von 40 Millionen € aufweise, wenn man es mit den Stellen gegenrechne. Sie glaube, dass sich dahinter eine Stellenreduzierung verberge.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) erwidert, am Vortage habe der Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses getagt. Da sei die Frage nach dem Berichtswesen auf der Grundlage einer Diskussion zum Einzelplan 05 gestellt worden. Zwischen allen Fraktionen sei die Vereinbarung getroffen worden, das Berichtswesen für alle Einzelpläne aufgrund der Umsteuerung des Haushaltes hin zur Personalausga-

benbudgetierung und irgendwann zur Gesamtausgabenbudgetierung auf die Basis von Kosten-Leistungs-Rechnungen und Produktehaushalt zu stellen.

Im Haushalt 2006 würden die Stellen nach wie vor mit Flexibilität zwischen den Schulformen ausgebracht. Der Haushalt werde auf der Basis der amtlichen Schuldaten aufgestellt, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes vorlägen. Die Lehrerstellen müssten jedes Jahr faktisch dort hingebacht werden, wo die Schüler seien. Insofern würden die Stellen der Schulformen den Schulen so gegeben, wie es angesichts der amtlichen Schuldaten vom 15.10. notwendig erscheine.

Im Erläuterungsband gebe es einen Bericht zur Unterrichtsversorgung mit einer Anlage. Man finde auch eine Information zur aktuellen Entwicklung der Schülerzahl, anhand der die Prognose für den 01.08.2006 erstellt werde. Die Lehrerstellen würden dort hingebacht, wo die Schüler seien. Bisher sei das durch eine Umsetzung gemäß § 50 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung möglich gewesen. Anträge seien an den Finanzminister gestellt worden. Jetzt könnten die Mittel und Stellen dorthin gebracht werden, wo es notwendig sei, und zwar nach § 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz. Das Budget folge den Stellen. Insofern mache es Sinn, eine Flexibilität beim Budget herzustellen.

Zu der Frage, ob das Budget ausreiche: Er gehe davon aus, dass das Budget für die Schulen zwischen den Kollegen des Finanzministeriums und denen des Schulministeriums solide kalkuliert worden sei, und zwar nach der Systematik, die es in allen Einzelplänen gebe: fußend auf den Ist-Ausgaben des Jahres 2004, nachgezeichnet der Stellenaufwuchs im Jahre 2005, einbezogen der Stellenaufwuchs im Schulbereich 2006. Es sei ein Privileg für den Schulbereich, dass es hier keine 0,5 % Effizienzdividende gebe. Er gehe davon aus, dass das ausreiche. Alle Ressorts, die mit der Personalausgabenbudgetierung begännen, müssten diese Budgets neben der Bewirtschaftung von Stellen neu handeln.

Ute Schäfer (SPD) kommt zu der Bewertung, dass das Verfahren finanztechnisch sehr aufwendig sei. Der Gutachterdienst sage, dass eine vollständige kapitelscharfe Betrachtung einzelner Schulformen nur mit einigem Aufwand möglich sei. Für ein Parlament sei es unabdingbar, nachvollziehen zu können, wo die einzelnen Lehrerstellen eingesetzt würden.

Es habe schon immer die Möglichkeit gegeben, zwischen den Kapiteln Schulen allgemein und den einzelnen Schulkapiteln zu verteilen. Sie frage, ob sich die Anzahl der Positionen, die verteilt werden könnten, verändert habe.

Das **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam** - sei ohnehin für alle Schulformen gedacht, verdeutlicht **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Das sei von vornherein flexibel. Die Stellen, die im Schulkapitel seien, könnten an Schulformen gegeben werden, in denen der Bedarf vorliege. Beispielsweise sinke die Schülerzahl an der Hauptschule, es gebe aber mehr Schüler an Gesamtschulen und Gymnasien. Dann könnten Stellen des Haupt-schulkapitels bei Gymnasien und Gesamtschulen eingesetzt werden, und zwar auch in der höheren Wertigkeit. Das lasse der Haushalt auch zu. Es mache Sinn.

Im Unterschied zu früher habe man jetzt mehr Stellen im Kapitel Schulen gemeinsam, weil durch den Aufwuchs von Stellen seit 2005 für Vertretung und individuelle Förderung mehr Stellen zur Verfügung stünden und weil Stellen, die bisher im Schulkapitel ausgebracht worden seien, in das Kapitel Schule gemeinsam gezogen worden seien.

Beispiel: Moderatoren. Sie seien zum Teil in den Schulkapiteln ausgebracht gewesen. Sie seien in Kapitel 05 300 genommen worden, damit die Ersatzstellen für ausfallenden Unterricht, weil ein Lehrer als Moderator tätig werde, nicht schulkapitelscharf im Vorhinein festgelegt würden. Da, wo Fortbildung anfalle, gehe auch die Moderatorenstelle hin.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für die Erläuterungen. Es werde deutlich, dass die Flexibilität notwendig sei, damit die Lehrerinnen und Lehrer auch dahin kämen, wo die Schüler seien.

Sie frage die Ministerin, ob die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer so ausgerichtet werde, dass die Lehrerinnen und Lehrer in der Stufe flexibel eingesetzt werden könnten. Das sei mit einer schulformbezogenen Ausbildung nicht zu leisten. Da müsse man über ganz andere Notwendigkeiten der Lehrerausbildung nachdenken.

Der Problematik der Lehrerausbildung werde man sich mit Sicherheit annehmen, erwidert **Ministerin Barbara Sommer**.

Renate Hendricks (SPD) gibt an, in dem Gutachterbericht werde auch die Frage gestellt, wie zukünftig der Vertretungsunterricht in der Sekundarstufe I sichergestellt werden solle. Sie bitte um Stellungnahme.

Das sei auch gestern im Unterausschuss „Personal“ angesprochen worden, erwidert **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Da in Kapitel 05 300 bei den Mitteln für den flexiblen Vertretungsunterricht nicht mehr stehe, dass es auch einen Vertretungspool S I geben könne, habe man die These vertreten, das sei eine inhaltliche Änderung.

In der Vergangenheit habe das zwar drin gestanden, es habe den Vertretungspool S I faktisch aber nicht gegeben, weil im S-I-Bereich keine Lehrer hätten gewonnen werden können, die zu den Bedingungen des „Geld-statt-Stellen-Systems“ bereit gewesen seien, beispielsweise an eine Hauptschule zu gehen. Es sei schon schwierig genug, S-I-Lehrer für die Hauptschule zu rekrutieren, die ein Angebot im Beamtenverhältnis bekämen. Im Ergebnis sei der S-I-Pool leer gewesen. Die Mittel seien als Geld-statt-Stellen-Mittel abgeflossen.

Durch die zusätzlichen Stellen, die jetzt für Vertretungsaufgaben eingerichtet worden seien, habe man jetzt eine stabile Vertretungsreserve in Form von Planstellen für die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium und die Grundschule. Das sei die reale Vertretungsreserve S I. Parallel gebe es nach wie vor Mittel für „Geld-statt-Stellen“ in Höhe von 73,3 Millionen €, sodass neben dieser stabilen Vertretungsreserve auch über Geld-statt-Stellen-Mittel kurzfristig Vertretungsunterricht organisiert werden könne. Das sei im Ergebnis ein Mehr.

Ute Schäfer (SPD) kommt auf das Gesamtbudget von 7.294.000.000 € zu sprechen. Wenn man dieses Personalbudget durch 50.000 € pro Lehrkraft teile, komme man auf eine Größenordnung von 145.000 €, also deutlich unter das, was im Haushaltsplan veranschlagt sei. Die kw-Stellen, die zum 01.08. wegfallen sollten, seien nicht eingerechnet. Sie bitte um Beantwortung, wie unter dem Personalbudget das Stellenvolumen reduziert werden könne, was im Haushalt stehe.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) legt dar, das Personalbudget sei wie in allen anderen Einzelplänen auch im Schulhaushalt auf die Aufgaben bezogen, die real im Jahre 2004 entstanden seien. Das sei die Plattform. Jede hinzukommende Stelle sei noch einmal mit 50.000 € bewertet worden, sodass auch die Mehrstellen finanziert seien.

Es werde keine Effizienzdividende abgezogen wie beispielsweise im Ministerium, wo man durch die Bewirtschaftung von Stellen Spielräume habe. Wenn im Ministerium eine Stelle vier Wochen unbesetzt sei, sei das bedauerlich, es sei aber vertretbar. In den Schulen gehe das nicht. Die Lehrerstellen müssten ausfinanziert sein. Es dürfe keine Effizienzdividende geben, weil sie im Ergebnis dazu führe, dass die Lehrerstellen nicht über das ganze Jahr finanziert seien. Er gehe davon aus, dass mit diesem Budget auch die Stellen finanziert seien und bewirtschaftet werden könnten. So planten auch die Bezirksregierungen für dieses Schuljahr. Insofern würden jetzt auch keine Stellen gekürzt, weil etwa das Budget nicht ausreichen würde.

Sören Link (SPD) hält fest, das Budget sei auf weniger Stellen ausgerichtet, weil es auf den Ist-Zahlen des Vorjahres basiere. Ihn interessiere, bis zu welchem Umfang Schulen Stellen kapitalisieren könnten, wenn das Budget nicht ausreiche.

Das Budget habe im Jahre 2004 gereicht, um alle im Jahr 2004 vorhandenen Stellen komplett zu finanzieren, verdeutlicht **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Es spreche nichts dafür, dass das im Jahr 2005 oder 2006 anders so sein werde. Die Frage der Kapitalisierung stelle sich nur für die 278 selbstständigen Schulen, die Stellen unbesetzt lassen könnten, um sie mit 45.000 € höherer Dienst, 40.000 € gehobener Dienst zu kapitalisieren. Diese Möglichkeit bestehe nach wie vor.

Die Schulen könnten demnach in beliebigem Umfang kapitalisieren, es werde ihnen vom Ministerium, letztlich von der Bezirksregierung, nicht hineingeredet, folgert **Sören Link (SPD)**.

Es werde nicht reingeredet, bestätigt **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Allerdings müsse das Budget eingehalten werden, sodass Schulen kapitalisieren könnten. Für den Einzelplan müsse das Gesamtbudget eingehalten werden. Die Bedingungen der Kapitalisierung bei der selbstständigen Schule mit 40.000 € und 45.000 € seien vereinbart. Dazu gebe es entsprechende Verträge mit den Schulträgern.

Ute Schäfer (SPD) bittet, die Thematik eventuell noch einmal schriftlich zu erläutern. In dem Schulbudget stünden über 7 Milliarden €. Wenn man diese 7 Milliarden € durch

50.000 € teile, komme man auf 145.897 Stellen. Im Haushaltsplan seien aber 147.409 Stellen ausgewiesen, die mit dem angegebenen Schulbudget nicht bezahlt werden könnten. Sie bitte um eine schriftliche Darstellung, damit die Haushaltswahrheit und -klarheit nachvollzogen werden könne.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) erwidert, das könne man nicht 1:1 rechnen. Die Gesamtzahl der Stellen könne man nicht, wie es gerade geschehen sei, ab 01.01. rechnen. Insofern kämen die neuen Stellen zum 01.08. 500 fielen weg. In der Finanzwirksamkeit kämen die Stellen am 09.08. hinzu.

Wenn man sage, dass man bei der Budgetermittlung auf den Ist-Ausgaben 2004 aufsetze, dann müsse man gleichzeitig sagen, dass in allen Einzelplänen im Jahre 2004 Stellen unbesetzt gewesen seien. Er sei sicher, dass trotz aller Bemühungen, alle Stellen möglichst zeitnah zu besetzen, Lücken entstünden, weil nicht sofort immer ein Lehrer da sei. Insofern entstünden auch Zeiten, in denen eine Stelle nicht besetzt sei. Wenn man die Ist-Ausgaben als Plattform eines vor der Planung liegendes Haushaltsjahr nehme, in dem die Ist-Ausgaben vorgelegen hätten, sei das mit einberechnet. Insofern sei die 1:1-Rechnung - man nehme die Zahl der Stellen, multipliziere sie mit 50.000 und habe dann als Ergebnis das Budget - nicht Grundlage der Personalausgabenbudgetierung.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer bittet, das Ganze noch einmal schriftlich zu erläutern.

Ute Schäfer (SPD) hält fest, bei den RAAs seien 39.000 € nicht abgebucht worden, weil Stellen nicht besetzt gewesen seien. Dann habe man den Haushaltstitel heruntergefahren.

Die Auswirtschaftung von Stellen sei in den letzten Jahren optimiert worden, unterstreicht **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Vor vielen Jahren habe man noch eine immense Zahl von Stellen nicht besetzen können, weil dies die Regularien nicht zugelassen hätten.

Wenn man auf das Jahr 2004 schaue, dann stelle man fest, dass die Stellen nahezu nahtlos besetzt werden könnten. Viele Ressorts wären neidisch, wenn ihnen das so gelingen würde wie im Schulbereich, wo man nur eine marginale Zahl von Stellen habe, die im Jahresmittel offen blieben. Die optimale Auswirtschaftung bilde sich in den Ist-Ausgaben des Jahres 2004 ab. Die Plattform sei günstig. Er sei gerne bereit, zu dem System, wie das ermittelt werde, zu berichten. -

Anmerkung des Protokolls: Das Ministerium für Schule und Weiterbildung hat dem Ausschuss mit Schreiben vom 7. April 2006 eine schriftliche Erläuterung des Personalausgabenbudgets für die Schulkapitel übersandt - vgl. **Vorlage 14/438**.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem Entwurf des Einzelplans 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverändert **zu**.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer macht darauf aufmerksam, dass dem Ausschuss der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken“ - Drucksache 14/1193 - zur Mitberatung überwiesen worden sei. Da der federführende Hauptausschuss am 27. April abschließend darüber beraten werde, schlägt er vor, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung kein Votum abgebe. - Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** ist damit einverstanden.

gez. W. Große Brömer

Vorsitzender

ad/26.05.2006/01.06.2006

170